

Betreff:

Neue Nachricht vom 16.April auf die Solidaritätsadresse des Basisrats der Sammlungsbewegung aufstehen vom 18.3.23 „Wir erklären uns solidarisch mit der Verteidigung eurer Forderungen und eurer demokratischen Rechte.“

Liebe Freundinnen und Freunde von Aufstehen!

seit eurer Solidaritätsbotschaft setzt sich die starke Mobilisierung der Arbeitnehmer mit allen Gewerkschaften und der Jugend gegen die Verschiebung des Renteneintrittsalters um zwei Jahre fort.

Präsident Macron will gegen die Mehrheit des Landes und gegen alle Gewerkschaften ein Gesetz brutal durchsetzen, das noch nicht einmal verabschiedet ist.

Eine Zeitung der Arbeitgeber titelt "La Défense ou les retraites, il faut choisir" (Die Verteidigung oder die Renten, man muss sich entscheiden).

Die Regierung Macron plant, in den nächsten sechs Jahren 413 Milliarden Euro für den Verteidigungshaushalt auszugeben, der sich damit mehr als verdoppeln würde.

Die Regierungsstellen erklären, dass "die anderen Staatsausgaben sinken sollen".

Das bedeutet: weniger für die Schule, weniger für die Krankenhäuser, weniger für die Kultur, Einschnitte in allen öffentlichen Dienstleistungsbereichen!

Der Kampf gegen den Krieg verbindet sich mit dem Kampf gegen den sozialen Krieg.

Anbei ein Communiqué des Nationalen Büros der POI.

Die Bewegung "La France Insoumise", an der wir beteiligt sind, spricht sich ebenfalls mit Nachdruck dafür aus, die antidemokratischen Institutionen der 5. Republik zu beenden.

Macron und die Institutionen bedeuten Chaos und Krieg.

Besonders solidarische Grüße.

Bruno und Ophelia.

Kommuniqué des Nationalen Büros der POI – (UNABHÄNGIGE ARBEITERPARTEI)
Für Sozialismus, Republik und Demokratie - Mitglied der Internationalen Verbindung
der Arbeiter und Völker,

Mitten in der Nacht und mit einem Federstrich ...

Mitten in der Nacht, am 15. April, hat Herr Macron, isolierter denn je, mit einem Federstrich seine Reform verkündet. Damit hat er mit einem Handstreich alle Illusionen über einen Rückgriff auf Artikel 10 beiseite gewischt und alle Friedensbemühungen beerdigt. Alle Vorschläge, die wie die eine nationale oder andere Petition sind in keiner Weise der realistisch Weg und tragen der Tiefe des Augenblicks keine Rechnung.

Die Intersyndikale war gut beraten, ein Treffen mit Macron abzulehnen und zu versuchen, den 1. Mai zu einer Flutwelle zu machen.

Was in diesen letzten Stunden immer deutlicher für Millionen zum Ausdruck kommt, nachdem der Verfassungsrat angesichts der überaus deutlichen mehrheitlichen Ablehnung durch die Bevölkerung entschieden hat, ist die Tiefe der Regimekrise und die Entlarvung der Rolle des Staates und der Verfassung der V. Republik als Instrumente im unverhohlenen Dienst einer sehr kleinen Minderheit gegen die Masse des Volkes. Die Entscheidung des Verfassungsrats erinnert daran, dass seine Funktion in erster Linie darin besteht, diese Institutionen zu bewahren.

Diese Institutionen machen das Staatsoberhaupt zu einem Quasi-Monarchen mit vollkommener Machtbefugnis. Es sind diese Institutionen, die bewirken, dass die Regierung in nur wenigen Monaten elfmal den Artikel 49.3 eingesetzt hat; dass die Reform in neun Tagen im Eiltempo in der Nationalversammlung diskutiert wurde ... und dass die Regierung sie ohne Mehrheit mit Hilfe des Artikels 49.3 durchpeitschte. All das legitimiert die autoritären Institutionen, die ein antidemokratisches Bollwerk gegen die Bestrebungen der Mehrheit sind.

Diese Reform wird massiv abgelehnt. Das Land will sie nicht, die Gewerkschaften wollen sie nicht und fordern weiterhin ihre Rücknahme in ihrer Gesamtheit, denn das Parlament hat sie nicht verabschiedet. Die Reform ist völlig illegitim, ebenso wie die "legalen" Methoden, mit denen sie gegen den Willen der Mehrheit durchgesetzt werden soll, illegitim sind.

Erinnern wir uns daran, dass der Staatschef vor einigen Wochen, von seinen Beratern und den Medien promoviert, darauf hingewiesen hatte, dass nur eine Blockadesituation im Land ihn dazu bringen könnte, von seiner Reform abzusehen. Zu einem Zeitpunkt, an dem der Staatspräsident, der unfähig ist zu überzeugen, und sich auf die Legalität (natürlich!) einer undemokratischen Verfassung versteift, die Untiefen der Illegitimität berührt, ist das gemeinsame "Blockieren des Landes" absolut aktuell.

15. April 2023, 16 Uhr

3 aus der Presse:

Renten: "Ein Pyrrhussieg", beklagt die Presse.

Paris, 15 April 2023 (AFP) - Der Verfassungsrat hat am Freitag den Großteil der Rentenreform bestätigt, darunter auch die Anhebung des gesetzlichen Rentenalters auf 64 Jahre. Die französische Presse bedauerte am Samstagmorgen vor der Verkündung des Textes einhellig, dass dies ein "juristischer Sieg", aber "ein Desaster für die Nation" sei. "

Ein Desaster", sagte Midi Libre. "Niemand hätte gedacht, dass der Verfassungsrat in der Lage wäre, die soziale und politische Krise zu lösen, die seit drei Monaten tobt. Aber zu seinem eigenen Nachteil hat das Gericht sie noch verschlimmert", so Olivier Biscaye. Der Chefredakteur von La Voix du Nord stimmte zu: "Das Verfahren mag noch so legal, austarriert und verfassungskonform sein, es kommt nicht durch". Es ist "eine Art Erbsünde, wenn man behauptet, im Namen der Franzosen zu handeln, indem man ihnen im Schnellverfahren einen Text aufzwingt, den sie nicht wollen", schreibt Patrick Jankielewicz. "Die Entscheidung des Verfassungsrates, weil sie nicht politisch ist, regelt nichts.

Die Arbeitnehmergewerkschaften haben nicht einmal den Schatten eines Satzes, um die Fahnen zu ordnen", heißt es in L'Est Eclair. Als Pressezeichnung wagt Libération Champagne auf der letzten Seite einen Stinkefinger, während die Demonstrationen auf der Titelseite von Libération, die mit dem Slogan "Pas vaincus" (Nicht besiegt) durchgestrichen ist, weitergehen. "In der Form haben die ‚Weisen‘ - dieser Spitzname kann jetzt nur noch ironisch verwendet werden - eine brutale Entscheidung getroffen, die in einer bürokratischen Form geschrieben wurde, die jeglichen Stolz oder jeglicher Nuance entbehrt. Inhaltlich geht die Entscheidung über den viel geschmähten Regierungstext hinaus", analysiert Dov Alfon kühl. "Auf dieses soziale Inferno (...) haben die ‚Weisen‘ " also "einen Kanister mit Benzin gegossen" (...). Und getreu seiner Leidenschaft als Brandstifter verkündete Emmanuel Macron sofort, dass das Gesetz innerhalb von 48 Stunden verkündet werden würde", fährt er in seinem bizarren Leitartikel fort. Auch die Worte der Premierministerin, die am Freitag sagte, es gebe "weder einen Sieger noch einen Besiegten", sorgten für Gesprächsstoff. Das mag bei einem Fußballturnier der Kategorie "Küken" fair erscheinen. Aber nach Monaten einer XXXL-Mobilisierung und in dem Moment, in dem der Text einer von Millionen Franzosen verhassten Reform als verfassungskonform zertifiziert wird, ist das verwirrend", bedauerte Sophie Leclanché in La Montagne. Die Presse glaubt nicht an ein Unentschieden. "Emmanuel Macron hat gewonnen", meldet Charente Libre.

"Ein Pyrrhus-Sieg", so La République des Pyrénées. "Es ist ein juristischer Sieg für die Regierung von Elisabeth Borne, aber ein politisches und soziales Desaster für die Nation", tadelte Le Républicain Lorrain. "Niemand geht als Sieger aus diesem verpatzten Aufeinandertreffen zwischen dem Volk und denjenigen, die es auf höchster Ebene vertreten, hervor. Außer vielleicht die Extremen", versicherte La Voix du Nord.

Auf der Titelseite von Le Parisien zeigt der Staatschef eine zweifelnde Miene: "Und jetzt?", titelt die Tageszeitung. "Die Weisen selbst haben auf die ‚Ungewöhnlichkeit‘ der Häufung von Verfahren zur Einschränkung der Debatten hingewiesen (...) Und wenn das Verfahren zur neuen Norm des ‚demokratischen Weges‘ wird?", sorgt sich La Montagne. "Sogar Elisabeth Borne hat es zugegeben", ergänzt Sud-Ouest: "Es ist wichtig zu sagen, wohin man gehen will". „Muss man aus diesem Eingeständnis schließen, dass diese zweite fünfjährige Amtszeit eine Zeit der Navigation auf Sicht sein wird?", fragte Jefferson Desport und stellte fest, dass "die Rechte, die bislang der beste Verbündete (des Präsidenten) war, aus dieser Debatte ausgeblutet und wie ein Puzzle verstreut hervorgegangen ist".

Gerade auf der rechten Seite beklagte Le Figaro die "kollektive Verschwendung". "Die Franzosen sehen sehr wohl, dass der allgemeine Niedergang weniger auf ihren angeblichen Widerwillen gegen ‚Reformen‘ zurückzuführen ist als auf eine immer verblüffendere Ohnmacht der öffentlichen Leistungen. Schule, Gesundheit, Sicherheit: Steuern überall, Dienstleistung nirgends", donnert Vincent Trémolet de Villers. "Das Misstrauen ist da und wird sich nicht durch Zauberei in Luft auflösen".